Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 5

Artikel: Vom Traum der Sicherheit
Autor: Wuffli, Heinz R.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163643

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

HEINZ R. WUFFLI

Vom Traum der Sicherheit

In seiner Untersuchung über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates schrieb Wilhelm von Humboldt vor über 150 Jahren: «Ohne Sicherheit vermag der Mensch weder seine Kräfte auszubilden, noch die Frucht derselben zu geniessen; denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit.» Der Satz stammt aus einer zukunftsgläubigen Epoche, die dem materiellen und geistigen Fortschritt vertraute. Je unsicherer die Zeiten sind, desto verklärter erscheint die Vergangenheit. Ein Beispiel dafür findet sich in Stefan Zweigs «Welt von Gestern», worin er die Epoche vor dem Ersten Weltkrieg geradezu als «goldenes Zeitalter der Sicherheit» pries. Damals hätte niemand an Kriege oder Revolutionen geglaubt, sondern das allgemeine Gefühl der Sicherheit sei gerade in der wenig später zerbrochenen Donaumonarchie das Lebensideal der Massen gewesen, die ihren Teil an diesem kostbaren Gut begehrten, das zuvor nur den Besitzenden zuteil geworden sei. Seither sind wir skeptischer geworden. Doch gerade weil die Unsicherheit allenthalben zugenommen hat, neigt man dazu, das Ziel der Sicherheit so sehr zu verabsolutieren, dass darob die Freiheit zu ersticken droht.

Unerreichbare absolute Sicherheit

Das einzig Sichere ist aber die Tatsache, dass völlige Sicherheit unerreichbar bleibt. Dass die Forderung danach trotzdem immer wieder erhoben wird, ergibt sich aus dem hohen Stellenwert, den der Sicherheitstraum im Gefühlsleben der Menschheit einnimmt, einer Menschheit, die wider ihre eigene Überzeugung weit mehr von irrationalen als von rationalen Kräften bewegt wird.

Das lässt sich übrigens auch an der vielfach beifällig aufgenommenen Verketzerung von Experten ablesen. Gerade die Demokratie beruht ja teilweise auf dem Glauben an den gesunden Menschenverstand und nicht auf dem Zutrauen in die Fachkenntnis von Sachverständigen. Sie glaubt

somit an die Vollkommenheit von Mehrheitsentscheiden – und hat damit oft durchaus recht. Aber ebenso treffend ist die Feststellung von Jacob Burckhardt: «Die Einzelnen und die Massen schreiben alles, was sie drückt, dem bisherigen letzten Zustand auf die Rechnung, während es meist Dinge sind, die der menschlichen Unvollkommenheit als solcher angehören.» Unvollkommen sind aber in unserer komplexen Welt auch die Sachverständigen, so dass sich häufig Expertisen und Gegenexpertisen gegenseitig die Waage halten.

Die Welt von gestern und vorgestern war keineswegs sicherer als die heutige. Im materiellen, geistigen und vitalen Bereich drohten Gefahren, welche die individuelle Existenz immer wieder in Frage stellten. Doch wurden Hungersnöte, Krisen, obrigkeitliche Gesinnungszwänge, Seuchen, Krankheiten, Unfälle und Kriege als schicksalhafte Gegebenheiten betrachtet, gegen die sich nur wenig unternehmen liess. Der Calvinismus und die durch ihn nachhaltig beeinflusste Industrialisierung, aber auch die Verdrängung der Jenseitsreligionen durch die cartesianische Diesseitsreligion der Naturwissenschaften liessen allmählich alles als machbar erscheinen.

Sicherheit und Machbarkeitswahn

Machbar wurde damit vermeintlich auch die Sicherheit vor allen Bedrohungen der Existenz. Das Sicherheitsstreben hat deshalb – und das mag paradox erscheinen – eine gemeinsame Wurzel mit dem Liberalismus. Nur ist es nicht ganz dasselbe, ob man behauptet, frei sei, wer sicher sei, oder ob man diesen Satz umgekehrt liest: sicher ist, wer frei ist. Denn viele Zeitgenossen verstehen unter Sicherheit eben auch die Sicherheit vor einer Freiheit, der sie sich nicht gewachsen fühlen. Die Atomisierung des gesellschaftlichen Gefüges fördert den Drang nach Sicherheit und Geborgenheit.

Ein eigenartiger Widerspruch ergibt sich aus den gegenläufigen Strömungen der Gegenwart, in der man einerseits alle möglichen Gefahren auszuschalten sucht, anderseits aber auf konträren Feldern geradezu eine Sucht nach Gefahren entfaltet. Man denke dabei etwa an gewisse Extremsporte, an die Anziehungskraft brutalster Monsterfilme, an die Lockungen von Drogen oder noch schlimmer an das terroristische «vivere pericolosamente». Sicherheit vor Berufsrisiken wird überall gross geschrieben, wogegen Sportunfälle gelassen hingenommen werden.

Besonders wirksam erweist sich der Wahn der Machbarkeit eines besseren Menschen und einer besseren Gesellschaft. Darauf sind letztlich

die Parteiprogramme der Linken abgestützt: jener Linken, die – was man gern vergisst – die Söhne der skeptischer gewordenen Liberalen sind. Dabei huldigen sie der utopischen Ansicht, der Mensch werde fast ausschliesslich durch sein Milieu und seine Klasse geprägt, wie wenn nicht auch Erbanlagen und mancherlei irrationale Faktoren sein Wesen mitbestimmen würden. Daraus erwächst die Hoffnung, der Staat könne die Gesellschaft dauerhaft verändern und verbessern, spriesst aber auch die Utopie, dieser anmassende und besserwissende Staat sei imstande, allen Bewohnern Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit zu garantieren.

Eine solche Vorstellung kommt beispielsweise in der Staatsverfassung der DDR von 1968 zum Ausdruck: «Alle Macht dient dem Wohle des Volkes. Sie sichert sein friedliches Leben, schützt die sozialistische Gesellschaft und gewährleistet die planmässige Steigerung des Lebensstandards, die freie Entwicklung des Menschen, wahrt seine Würde und garantiert die in dieser Verfassung verbürgten Rechte» (Art. 4). Bei solch edlen Worten muss man ja geradezu böswillig sein, wenn man die ostdeutsche Wirklichkeit an ihnen zu messen sucht. Immerhin wird offenbar hier schlicht vorausgesetzt, dass die Machtträger genau wissen, was dem Volke frommt und wie die schönen Ziele zu erreichen sind. Für uns selber aber ergibt sich daraus die Warnung, dass offene Verfassungen stets die Gefahr beinhalten, den gewählten oder selbsternannten Staatsorganen zuviel Einsicht und guten Willen zuzumuten. So wird zwar die öffentliche Meinung kaum je bestreiten, dass der Staat für Sicherheit von der Wiege bis zur Bahre zu sorgen habe. Aber sie wird sich ebenso sicher dagegen wehren, den vollen Preis für diese totale Sicherheit zu zahlen, einen Preis, der in materiellen Einschränkungen und in Begrenzungen der individuellen Freiheit besteht.

Furcht des Mittelstandes

Der Drang nach Sicherheit wird seit dem Zukunftsschock, den die Menschheit in den siebziger Jahren erlitt, besonders gefördert durch die Angst des Mittelstandes. Dieser Mittelstand, der in den westlichen Industrieländern seit Kriegsende kräftig gewachsen ist, umfasst heute eine breite Schicht von den Facharbeitern bis zum mittleren Kader. Er hat viel gewonnen und damit auch viel zu verlieren. Seine Ängste reichen von der Furcht vor dem technischen Wandel – der Stelle und Status gefährden kann – über die Furcht vor der materiellen Enteignung durch Inflation und Steuern bis zur Furcht vor der Gesellschaftsveränderung durch die linke Intelligenz und vor dem Zerfall aller bisherigen Wertvorstellungen. Daraus ergibt sich

ein Drang nach Sicherheit und Bewahrung des Erworbenen. Und weil sich dieses Ziel in der Wirtschaft kaum je voll verwirklichen lässt, die in stetem Strukturwandel begriffen ist, wird der Sicherheitstraum auf andere Schichten transponiert, die der Gefühlswelt näher liegen als die nüchterne Welt des Broterwerbs. Die eigene Arbeitswelt zu kritisieren ist ja auch mit mehr persönlichen Risiken verbunden als die Kritik an den allgemeinen Zuständen.

So verbünden sich quer durch alle Parteien hindurch die nach Sicherheit strebenden Menschen und rufen lautstark den Staat zuhilfe. Alle Parteien sind gezwungen, auf ihre «grünen Flügel» Rücksicht zu nehmen. Das erlaubt dem Staat, seine Wirksamkeit unentwegt auszudehnen und das, «was des Kaisers ist», ohne Marschhalt für sich zu beanspruchen und zu vergrössern. Viel Unmögliches wird dabei versprochen. Fehlschläge und Ungereimtheiten veranlassen nicht etwa zum Rückzug, sondern zu noch perfektionistischeren Eingriffen. Fehlen dazu die Mittel, versucht man die Bürger zu motivieren, höhere Steuern zu bewilligen: bleibt das – wie im Mai 1979 – erfolglos, dann werden höchstens die Zeitpläne für neue Aufgaben hinausgeschoben, aber kaum je echte Abstriche vorgenommen. So hat die eidgenössische Gesetzesmaschine allein im Jahre 1979 nicht weniger als 2649 Seiten Gesetze, Verordnungen, Beschlüsse, Reglemente und Normen ausgestossen. Wer soll das alles lesen, verstehen, befolgen, vollziehen und kontrollieren?

Seltsam wirkt die Hektik staatlichen Tuns nicht zuletzt angesichts des Umstands, dass die reale Autonomie von Kleinstaaten in unserer interdependenten Welt immer geringer wird. Das steht völlig im Gegensatz zum Wunsch, die demokratischen Rechte unablässig auszudehnen. Gefühlsappelle und punktuelle Streitereien beherrschen die Tagespolitik, während Kernfragen geflissentlich umgangen werden: das mag mit ein Grund sein für die Stimmabstinenz vieler Bürger. Kaum wagt es ein Politiker noch, ein Problem als von Staates wegen unlösbar zu bezeichnen. Der Aufruf zur Demut vor dem Ablauf historischer oder ökonomischer Prozesse ist überall unbeliebt. Wo keine simplen Lösungen möglich sind, schafft man neue Studienkommissionen, entwirft Gesamtkonzeptionen mit unterschiedlichen Szenarien oder ruft nach vertiefter Information, statt die Dinge reifen zu lassen und den Bürger aufzufordern, sich nach der Decke zu strecken. Vielleicht wäre er dazu sogar bereit, solange er nicht allein bliebe. Aber nachdem gerade auch der Staat selber solche Appelle höchst ungern befolgt, weil damit das Wachstum der Administration und ihr ständiger Drang nach Ausdehnung der Dienstleistungspalette blockiert würde, gewinnt der Bürger immer mehr den Eindruck, es werde neben ihm vorbei politisiert.

Vitale Anliegen

Mit der steigenden Informationsflut wird das Problembewusstsein überall geschärft. Vieles wird dabei allerdings selbst von gut geschulten Menschen nicht mehr verstanden. Die Wissenschaft bewegt sich in immer rascherem Zug unbekannten Zielen zu, während der Grossteil der Menschheit nostalgisch nach rückwärts blickt. Stichworte dazu liefern die Atomtechnik, die Mikroprozessoren, die Supermedizin, die Gen-Biologie, die Geldtheorie oder die Soziologie des entfremdeten Menschen. Je ungewisser die Zukunft erscheint, desto mehr verklammert man sich in ein Sicherheitsstreben, das zum Selbstzweck wird.

Im Vordergrund des Sicherheitstraums stehen die vitalen Anliegen. Sie wurzeln in einer weit tieferen Schicht als in blossen Sachfragen, nämlich in der utopischen Hoffnung auf individuelle Unsterblichkeit. Was immer den Menschen an sein eigenes – todsicheres – Ende erinnert, möchte er verdrängen. So geniessen die Forderungen nach Umweltschutz, Produktehaftpflicht, Verkehrssicherheit und überhaupt nach Sicherheit vor allen Risiken der Technik, insbesondere der Nukleartechnik, grosse Popularität. Dabei wird die Angst des Menschen vor dem Menschen in den zweiten Rang verwiesen. Sie tritt nur sporadisch in den Vordergrund, wenn die Aggressivität von Supermächten, wie jüngst in Afghanistan, die Ohnmacht freier Gesellschaften gegenüber Diktaturen augenfällig werden lässt, oder wenn im engeren Bereich die wachsende Kriminalität den Bürger aufschreckt.

In Klammern sei hier auf den grossen Unterschied im Gefühlsleben des Westens gegenüber dem Lebensgefühl Asiens hingewiesen. Jean Gebser umriss diesen Gegensatz in seinem Buch «Asien lächelt anders» so, dass er die Ich-Haftigkeit, also den betonten Individualismus westlicher Menschen dem Gruppengefühl und der Ich-Schwäche der Asiaten gegenüberstellte. Der asiatische Glaube an die Wiedergeburt lässt den eigenen Tod belanglos werden, wodurch der Drang nach Sicherheit weit weniger verabsolutiert wird wie in Europa oder Nordamerika. Das verleiht dem Osten eine Anpassungsfähigkeit an die äusseren Umstände, die bei uns nicht in diesem Masse vorhanden ist. Dazwischen steht der Islam mit seinem tiefen Fatalismus gegenüber dem individuellen Schicksal. Auch hier wird mithin der Traum nach absoluter Sicherheit keinen uns entsprechenden Stellenwert erhalten. Diese unterschiedlichen Lebenshaltungen spielen eine wichtige Rolle in der Weltpolitik, obwohl sie vordergründig von den materiellen Erscheinungen der westlichen Technik überdeckt werden. Sie sind aber auch bedeutungsvoll im Hinblick auf die Entwicklungshilfe, die utopischen Zielen nachrennt, wenn sie unsere Egozentrik zum Weltmass-

stab machen will und damit die Geborgenheit weniger entwickelter Gesellschaften in ihren Gruppenbeziehungen aufsprengt. In diesem Sinne sind die radikalen Forderungen verwestlichter und daher oft entwurzelter Intellektueller aus den Entwicklungsländern mit Vorsicht aufzunehmen.

Das Sicherheitsstreben gegenüber der Technik ist nun selbstverständlich durchaus vertretbar, solange man sich seiner Grenzen bewusst bleibt. Wer nach ständigem Wachstum des Wohlstandes ruft, ist aber kaum legitimiert, zugleich immer höhere Anforderungen an die Sicherheit der Technik zu stellen und ohne Mass nach einer Ausschaltung aller Restrisiken zu rufen. Dabei darf namentlich auch die Tragfähigkeit der Wirtschaft – und insbesondere jene der dem menschlichen Mass besonders entsprechenden Klein- und Mittelbetriebe – nicht überschätzt werden, die allzu oft als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Je mehr Sicherheit gefordert wird, desto stärker wird dadurch auch der Konzentrationsprozess gefördert, ein zu häufig völlig übersehener Widerspruch.

Sicherheitspolitik in Stichworten

Die Produktehaftpflicht wird heute von der öffentlichen Meinung und der Gerichtspraxis so weit getrieben, dass die Innovationskraft erstickt. Der frühere amerikanische Finanzminister William Simon erwähnt in seinem Werk «A Time for Truth», dass zur Genehmigung eines neuen Medikaments gegen Arthritis 120 000 Aktenseiten eingereicht werden mussten, wobei der Forschungsaufwand von den Kosten für diese Papierflut übertroffen wurde. Es dauert heute in den USA etwa acht Jahre, bis ein neues Heilmittel den staatlichen Segen erhält. Kleine Unternehmungen sind kaum mehr imstande, solche Fristen zu überbrücken. Und die grossen Konzerne pflegen neue Mittel oft in Ländern mit kleinerem Administrationsapparat einzuführen, zum Nachteil der Kranken in den perfektionistischen Staaten. Ob ein altbewährtes Mittel wie Aspirin heute überhaupt noch bewilligt würde, ist eine durchaus offene Frage.

Die Administration des Gesundheitswesens hat in vielen Ländern eine derartige Auswucherung erfahren, dass Kranke vielfach kaum noch genügend behandelt werden können und Gesunde nicht mehr in der Lage sind, die Kosten für den Gesundheitsdienst aufzubringen. Die Haftpflichtrisiken führen einerseits zu einer defensiven Medizin, während anderseits die prestigeträchtige Supermedizin immer fragwürdigere Blüten treibt. Der Perfektionismus bewirkt im ganzen eine Überalterung mit fürchterlichen sozialen und psychischen Folgen, die wir kennen, aber für uns selber nicht wahrhaben wollen: jeder möchte alt werden, aber keiner alt sein.

Ernst Leisi hat mit Recht gegen die Tendenz des fürsorglichen Staates Stellung genommen, den erwachsenen Menschen vor den Eigenrisiken zu schützen, etwa durch das Obligatorium des Gurtentragens beim Autofahren. Das mag trivial erscheinen, zumal die Gurten eine sehr nützliche Einrichtung sind, berührt aber doch einen ganz grundsätzlichen Punkt der individuellen Freiheit. Der Mensch ist weder Eigentum der Gesellschaft noch leistungspflichtiges Nutztier, sondern ein selbstverantwortliches Individuum: den Risiken des Lebens unterworfen, aber auch berechtigt, sein eigenes Leben zu führen und seine Freiheit bis zu jener Grenze wahrzunehmen, an der die Freiheit anderer Menschen beginnt.

Der Umweltschutz ist heute vor jeder öffentlichen Kritik abgeschirmt. Dessen Vorschriftengestrüpp wächst ununterbrochen an. Vor einigen Jahren wurden die amerikanischen Autohersteller verpflichtet, Katalysatoren einzubauen, um die Abgase zu entgiften. Nachher entdeckte man, dass daraus Platin- und Schwefelpartikelchen in die Luft entwichen, worauf die eben verordnete Einrichtung wieder verboten wurde. So lassen sich noch viele Beispiele für widersprüchliche Anforderungen finden. Überspitzt ausgedrückt ähneln sie der ironischen Feststellung, wonach manche Regierungen heute eine zunehmende Verwendung von Kohle als Energieträger begrüssen, aber nur unter zwei Voraussetzungen: erstens soll der gesundheitsschädliche Minenabbau nicht erweitert werden, und zweitens dürfen keine weiteren luftverpestenden Kohlekraftwerke errichtet werden. Noch einfacher lautet die Wahrnehmung, dass bei vielen der Umweltschutz beim Zweitauto des Nachbarn beginnt. Widersprüche sonder Zahl lassen sich auch in jenen Gemeinden finden, die nach neuen Arbeitsplätzen Ausschau halten, dabei aber Bürogebäuden den Vorzug vor Fabriken geben, deren Bau durch ungezählte Vorschriften erschwert wird. Mittelgrosse Unternehmungen können da kaum mehr mitkommen, jedenfalls nicht zu konkurrenzfähigen Kosten. Einst waren wir Schweizer stolz auf unsere Chemie und unsere Elektrotechnik. Das scheint heute der Vergangenheit anzugehören, ohne dass deswegen etwa die Beliebtheit von Banken oder Versicherungen gestiegen wäre, deren Arbeitsplätze und Produkte an Umweltfreundlichkeit und Sicherheit nichts zu wünschen übrig lassen.

Ein unerschöpfliches Thema bildet seit Jahren die Sicherheit der Atomenergie, die über künftige Generationen hinweg absolut gewährleistet werden soll. Aber Schlagwörter wie «better safe, than sorry» beruhen auf einem schrankenlosen emotionellen Egoismus, der keine Rücksicht auf gefährdete Arbeitsplätze nimmt. Jedenfalls sind Kernkraftwerke heute schon sicherer als der Mensch selber mit seinen aggressiven und zerstörerischen Trieben. Zuviele Zeitgenossen verzichten auf das Denken in Zusammenhängen und neigen dazu, an den falschen Stellen der eigenen Tragödie

Beifall zu klatschen. Zuviele wagen es auch nicht, gegen Sprüche wie «Atomkraft: nein danke» – die auf benzingetriebenen Autos angeklebt werden! – aufzutreten. Ob das Erdöl etwas früher oder später knapp wird, sicher ist jedenfalls, dass wir unseren Lebensstandard nicht weiter auf 75 % Erdölanteil am Energieverbrauch abstützen dürfen. Ohne Atomkraft lässt sich die Energielücke schlechthin nicht überbrücken. Daneben tut auch das Energiesparen Not, aber wie soll es dazu kommen, wenn die Ölteuerung über den Indexmechanismus der Löhne überall wieder ausgeglichen wird? Wer heute nach Energiesteuern ruft, verschweigt geflissentlich, dass auch solche Abgaben im Konsumentenpreisindex mitberechnet würden, so dass kaum jemand gezwungen wird, sich einzuschränken, mit Ausnahme der Sparer, denen die Folgen der Inflation aufgebürdet werden.

Daran anknüpfend ist auch das unerfüllbare Streben nach völliger Sicherheit bei Vermögensanlagen zu erwähnen. Während die Aktien den Strukturrisiken unterworfen sind, erfahren die Obligationen einen ständigen Wertschwund durch das weltweite Krebsübel der Inflation.

Überraschen wird in diesem Zusammenhang vielleicht das Beispiel des Mitbestimmungspostulats, bei dem es weit weniger um ein Mittel zur Förderung der Selbstverwirklichung der Arbeitnehmer geht als um eine Verteidigungsmassnahme gegen eine Aufhebung oder Verlagerung des Arbeitsplatzes. So wird die Sicherheit für die Beschäftigten erhöht, während die Sorge für das Geschick der Unbeschäftigten dem Staat überlassen bleibt. Je höher die Sicherheitsforderungen gegenüber dem Strukturwandel geschraubt werden, desto mehr werden die Grundlagen für eine wettbewerbsfähige und überlebenstüchtige Wirtschaft als Ganzes unterspült. Nichts zeigt das deutlicher als die jüngste Geschichte der französischen Stahlindustrie oder der britischen Automobilindustrie, ganz zu schweigen von den italienischen Staatsbetrieben.

Gefährdete aussenpolitische und innenpolitische Sicherheit

Allzu oft neigt die öffentliche Meinung dazu, die weltpolitischen Risiken aus dem privaten Leben zu verdrängen. Die Europäer überlassen ihre Sicherheit, die nicht zuletzt von der Erdölzufuhr aus dem Nahen Osten abhängig ist, den Vereinigten Staaten. Und diese wiederum versuchen, ihre Schutzmachtfunktion auszuüben, ohne zur allgemeinen Wehrpflicht zurückzukehren, wie wenn es Sicherheit ohne Opfer gäbe. Obwohl es nirgendwo an Zündstoff fehlt, leisten wir uns in der Schweiz Diskussionen über den Sinn von Wehrvorführungen und setzen uns gegen jedes neue

Waffenplatzprojekt zur Wehr. Gewiss wird unser Kleinstaat immer nur imstande sein, uns eine relative Sicherheit zu verschaffen. Aber der Glaube, Europa sei für alle Zeiten vor neuen Kriegen gefeit, lässt sich durch nichts begründen. Die Geschichte hat zur Genüge bewiesen, dass Weisse ebenso irrationalen Ausbrüchen unterworfen sind wie Andersfarbige. Warum sollen Greuel, wie sie in Äthiopien, Angola, Vietnam, Kambodscha, Iran, Afghanistan oder anderswo an der Tagesordnung sind, weiterhin gerade Europa verschonen, dessen Vergangenheit an Grausamkeit so reich ist?

Wenn man in Zeitungen der dreissiger Jahre blättert, stellt man mit Erstaunen fest, wie sehr sich manche Tagesthemen ähneln. Auch damals hat man sich trotz der Wirtschaftskrise die Zukunft völlig anders vorgestellt. Zwar lässt sich die seinerzeitige Sozialpolitik nicht mehr mit der heutigen vergleichen. Aber sind wir so sicher, dass sich alle seit dem letzten Weltkrieg geknüpften Sicherheitsnetze bewähren werden? Auch hier wird munter weiter gefordert und übersehen, dass immer weniger Leute an der Erzeugung des Sozialprodukts arbeiten und immer mehr sich mit dessen Umverteilung befassen. Wenn schon in einem so freien Land wie den USA die der Umverteilung dienenden Bundesprogramme seit 1963 von 160 auf über 1000 ausgewuchert sind, lässt sich daraus ablesen, was uns noch blühen wird.

Der allzu einfache Ruf, auf jeden Marschhalt bei der Sozialpolitik zu verzichten, könnte bewirken, dass manche Versprechen noch in diesem Jahrhundert Lügen gestraft werden. Die nominellen Leistungen an die Einzelnen werden zwar steigen, aber die Inflation wird dafür sorgen, dass der reale Nutzen immer geringer wird. Zudem sind wir heute schon so weit, dass die breiten Schichten alle neuen staatlichen Wohltaten selber berappen müssen: was ihnen der Staat in die linke Tasche legt, entnimmt er ihrem rechten Hosensack, und zwar noch vermehrt um die Kosten für den steigenden Verwaltungsaufwand. Das bestätigt eines der wenigen wirklich gesicherten Grundgesetze der Nationalökonomie, dass es so etwas wie Gratismahlzeiten nicht gibt.

Je mehr dem Gleichheitsgötzen gehuldigt wird, desto weniger wächst die Produktivität und desto kleiner wird bei der zunehmenden Überalterung der Kuchen, von dem alle zehren. Zum Stichwort der Überalterung sei nur auf wenige Zahlen hingewiesen: während sich die schweizerische Bevölkerung in diesem Jahrhundert verdoppelt hat, ist die Zahl der Geburten von 100 000 auf 70 000 zurückgegangen und die Lebenserwartung von 50 auf über 70 Jahre gestiegen. Dass dies die innenpolitische Sicherheitspolitik nicht unberührt lässt, ist selbstverständlich.

Das Wort vom nicht erhältlichen Gratislunch gilt übrigens auch für das

Dilemma zwischen Wechselkurs und Preisniveau. Hier ist nur der schmale Weg einer Gratwanderung offen. Dabei wird bestenfalls einmal der Wechselkurs, das andere Mal das Preisniveau stabil bleiben, aber nur selten beides. Auch hier ist der Staat nicht imstande, für allseitige Sicherheit zu sorgen. Wer das einsieht, muss darauf verzichten, ihn für alles und jedes verantwortlich machen zu wollen.

Diese Einsicht könnte dann wohl auch zum Schluss führen, dass idealisierte Vorstellungen wie der neue Verfassungsentwurf am besten Träume bleiben. So bleibt nichts anderes, als dass jeder an seinem Platz dazu beiträgt, seine Gefühle mit der Vernunft in Schranken zu halten. Gewiss scheinen sich Herz und Gemüt gut mit Gerechtigkeit und Sicherheit zu reimen. Aber die letzte Strophe dieses Liedes wird mit Gleichheit, Staatsallmacht und Unmenschlichkeit enden. Um dies zu verhindern, bedarf es eines hochgemuten Pessimismus und vor allem der Zivilcourage, im Zweifel die Freiheit vor die Sicherheit zu stellen: soviel Sicherheit wie nötig, aber soviel Freiheit wie möglich, das wäre die für einen Liberalen vertretbare Parole.

Sprüngli
Confiserie am Paradeplatz
Torten und Cakes
von Sprüngli
für spezielle
Gelegenheiten,
die man feiern will.
Hauptbahnhof Zürich
Stadelhoferplatz Shop-Ville
Shopping-Center Spreitenbach
Einkaufszentrum Glatt
Airport-Shopping Kloten